



Jahresbilanz 2011

Solide Arbeit für ein solidarisches Brandenburg



Für starke Kommunen

Mit der Einführung eines Demografiefaktors und einer Finanzausgleichsumlage für besonders wirtschaftlich starke Kommunen wird das Ziel verfolgt, die finanzielle Situation der Kommunen zu stabilisieren und den interkommunalen Finanzausgleich solidarisch auszubauen. Während andere Bundesländer ihren Haushalt auf Kosten der kommunalen Finanzkraft konsolidieren, sollen in Brandenburg 2012 die allgemeinen Schlüsselzuweisungen um rund 167 Mio. € erhöht werden.

Mehr Neueinstellungen von Lehrern

Auf Drängen der LINKEN werden in diesem Schuljahr mindestens 250 Lehrkräfte statt der bisher geplanten 150 eingestellt. Insgesamt wird die Zahl der in der laufenden Legislaturperiode neu einzustellenden Lehrkräfte von 1250, wie noch im Koalitionsvertrag von 2009 vorgesehen, auf jetzt 2000 erhöht. Gleichzeitig werden zusätzlich 150 Plätze für ReferendarInnen geschaffen, so dass die Zahl der Ausbildungsplätze auf insgesamt 900 steigt.

Kita-Wahlversprechen eingelöst

Die geplanten 900 zusätzlichen Stellen konnten zu Jahresbeginn auch tatsächlich besetzt werden. Völlig neu eingestellt wurden rund 450 ErzieherInnen, bei den übrigen 450 Teilzeitkräften wurden die Beschäftigungsumfänge erhöht.

Landesregierung bildet wieder aus und eröffnet Einstellungskorridore

Seit 2006 wurden keine Auszubildenden für die Finanzämter in Brandenburg mehr eingestellt. Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) hat unverzüglich die Wiederauf-

nahme der Ausbildung neuer Bediensteter in der Steuerverwaltung des Landes Brandenburg durchgesetzt. Nachdem 2010 erstmals 15 neu eingestellte Anwärtnerinnen aus Brandenburg die zweijährige Ausbildung aufgenommen haben, hat sich 2011 die Zahl der eingestellten AnwärtnerInnen auf 30 verdoppelt.

Haushalt 2011

Ausgaben von gut 10 Mrd. €: Rot-Rot sieht den

Etat als sozial ausgewogen an. Die Ausgaben des Landes für Bildung und Arbeit steigen auf fast 1,5 Mrd. € und erreichen damit knapp 15 % der Gesamtausgaben. Die Koalitionsfraktionen hatten in einigen Punkten nachgebessert: Ein Plus von 43 Mio. € für Kitas und von 3,2 Mio. € für das Schüler-Bafög. Für das neue Bafög des Bundes werden die Landesmittel um 6,7 Mio. € aufgestockt. Auch im Haushalt 2012 sollen bei den bildungspolitischen Zielen keine Abstriche gemacht werden; für die eigentliche Absicherung des Unterrichts, der Lehrerbildung/Fortbildung, der Weiterbildung und bei der Finanzierung der Kindertagesstätten gibt es keine Kürzungen in den Haushaltsansätzen.

Brandenburg treibt Initiative für eine europäische Finanztransaktionssteuer voran

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) hat im EU-Ausschuss der Regionen die Aufgabe übernommen, eine Initiativstellungnahme des Ausschusses vorzubereiten, mit der der Kommissions-Vorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterstützt werden soll.

Mindestlohn per Vergabegesetz

Öffentliche Aufträge sind künftig an die Zahlung eines Mindestlohns von acht Euro gekoppelt. Damit sind in einigen Branchen Lohnsteigerungen um bis zu einem Drittel verbunden. Eine Kommission wird ggf. Anpassungen vorschlagen. Im II. Quartal 2012 soll der erste Bericht zur weiteren Gestaltung der Lohnuntergrenze vorliegen. Das Gesetz soll auch für Aufträge an private Dritte gelten. Für den öffentlichen Personennahverkehr wird eine Tarifreuegung wirksam. Der Landtag beschloss zudem, dass ökologische und soziale

Kriterien bei der Vergabe entsprechend den im Beschaffungshandbuch des Landes getroffenen Regelungen Beachtung finden müssen.

Vorreiter bei der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung

Gemeindeschwestern sollen Ärzte weiter und besser bei der medizinischen Versorgung auf dem Land unterstützen; das neue und bundesweit einmalige Projekt „Agnes 2“ startete Anfang 2011. Im Rahmen der Krankenhausplanung haben wir den Kliniken mehr Planungssicherheit gegeben. Bei der Abrechnung und Vergütung von erbrachten Leistungen sind sie dadurch gestärkt. Die Möglichkeiten der Telemedizin werden immer stärker für eine bessere Betreuung und für mehr Lebensqualität von PatientInnen genutzt. Unter anderem wird erstmals eine Regelversorgung bei chronischer Herzinsuffizienz, insbesondere in strukturschwachen Regionen, gewährleistet.

Vorrang für erneuerbare Energien

Brandenburg hat zum zweiten Mal den „Leitstern“ gewonnen, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) für das nach ihrer Analyse führende Bundesland beim Ausbau erneuerbarer Energien vergeben. Von der EU-Kommission wurde Brandenburg als Exzellenz-Region mit einem „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum“ ausgezeichnet. Das stark umstrittene Bundesgesetz zur unterirdischen Speicherung von CO₂ ist im Bundesrat gescheitert. Rot-Rot hatte an das Gesetz hohe technische und Sicherheitsanforderungen und zudem gefordert, dass eine bundesweite Regelung keine „versteckte Ausstiegsklausel“ für einzelne Länder enthält. Die war dann aber doch im Bundesgesetz enthalten; Brandenburg erhob im Bundesrat dagegen Einspruch.

Vattenfall-Privileg abgeschafft

Die bisherige Vergünstigung für den Braunkohletagebau beim Wassernutzungsentgelt entfällt. Rot-Rot rechnet mit Zusatzeinnahmen von rund 2,5 Mio. € im Jahr. Diese sollen zweckgebunden für wasserwirtschaftliche Aufgaben wie Gewässer- und Hochwasserschutz verwendet werden.

Eckpunkte zur Nachhaltigkeitsstrategie

Die Vorlage von Umweltministerin Anita Tack (DIE LINKE) benennt fünf Schwerpunktbereiche: Wirtschaft und Arbeit, Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer, Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel, zukunftsfähige Finanzpolitik und nachhaltige Bildungslandschaft. Die →

Fortsetzung v. Seite 1 Auftaktveranstaltung für die landesweite Debatte über die Strategie, mit der das Leitbild der Nachhaltigkeit in der gesamten Landespolitik verankert werden soll, findet im Dezember 2011 statt.

Alle 25 Amtsgerichte bleiben erhalten

Alle 25 brandenburgischen Amtsgerichte bleiben nach dem Willen der rot-roten Landesregierung erhalten. Das Kabinett verabschiedete den Gesetzentwurf zur Gerichtsneuordnung, der bis Ende 2011 vom Landtag behandelt werden soll. „Die Justiz bleibt in der Fläche präsent“, sagte Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE). Mit der Zustimmung zu dem Gesetz „endet eine lange Phase des Stillstands“, so Schöneburg.

InnoBB – Gemeinsame

Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg

Im Mittelpunkt steht der Ausbau länderübergreifender Zukunftsfelder. Die Cluster Gesundheitswirtschaft und Energietechnik sind bereits gegründet. In Kürze geht „Verkehr, Mobilität und Logistik“ an den Start; die Innovationsverbände IKT, Medien, Kreativwirtschaft sowie Optische Technologien und Mikrosystemtechnik werden derzeit vorbereitet.

Gleichstellungspolitisches

Rahmenprogramm in Umsetzung

Ziel ist es, die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle, geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Das Programm ist mit anderen Schwerpunktprogrammen und Projekten der Landesregierung eng verzahnt. Das Landesgleichstellungsgesetz wird in diesem Sinne verändert. Bei der Erarbeitung waren alle Ressorts intensiv eingebunden; die Abstimmung mit dem Frauenpolitischen Rat war eng. Entsprechend positiv sind jetzt die Wertungen.

Wahlalter 16

In Brandenburg soll das Wahlalter grundsätzlich auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Damit würden bei den nächsten Landtagswahlen 2014 erstmals auch Jugendliche teilnehmen können. Auch bei Kommunalwahlen und Volksabstimmungen soll künftig Wahlalter 16 gelten.

Lobby-Register

DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben gemeinsam die Initiative zur Erarbeitung eines öffentlichen Registers der Interessenvertretung ergriffen. Dabei will man mehr als nur eine öffentliche Liste von Lobby-Organisationen, wie sie der Bundestag führt und die CDU forderte. Bis Februar 2012 sollen entscheidungsreife Vorschläge entstehen.

Gelungener Auftakt: die Regionalkonferenz in Hoppegarten



Am 29. Oktober fand im Hoppegartener Gemeindesaal die erste der vier Herbst-Regionalkonferenzen der LINKEN statt. Über 100 Bürgerinnen und Bürger diskutierten lebhaft mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister des Landes Helmuth Markov, der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Anita Tack, dem Justizminister Volkmar Schöneburg sowie mit der Fraktionsvorsitzenden der Linken im Landtag Kerstin Kaiser. „Die große Resonanz zeigt, dass die Bürger den Dialog mit den LINKEN wünschen, suchen und auch finden“, erklärte der Landesvorsitzende Thomas Nord zufrieden nach der Konferenz.

Die Bürger nutzten die drei Stunden, um mit den linken Ministern schnell und direkt ins Gespräch zu kommen. Dabei wurde kaum ein Thema ausgelassen. Zu Anfragen bezüglich der Amtsgerichtsstandorte versicherte der Justizminister Schöneburg, dass er weiter auf kurze Wege setzt. „Die Justiz bleibt in der Fläche präsent. Dafür werde ich sorgen“, versprach der Minister. Lokalpolitisch von besonderem Interesse war der Hochwasserschutz. Durch die zügige Erstellung von Hochwasserrisikomanagementplänen soll der vorbeugende Hochwasserschutz verbessert werden, kündigte Umweltministerin Tack an. Die Schaffung neuer Überflutungsflächen sowie Deichsanierungen sollen künftige Hochwasserschäden vermeiden helfen. Zudem betonte sie, „dass keine Region mehr Geld für den Hochwasserschutz bekommt als das Oderbruch“.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag Kerstin Kaiser informierte die Teilnehmer der Konferenz darüber, dass auf Drängen ihrer Partei in diesem Schuljahr mindestens 250 Lehrkräfte statt der bisher geplanten 150 eingestellt werden. Insgesamt erhöht sich die Zahl der in der laufenden Legislaturperiode neu einzustellenden Lehrer damit auf jetzt 2000. Auch konnte hinsichtlich der Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssels ein zentrales Wahlversprechen erfüllt und 900 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Man würde gerne noch mehr Geld investieren, sieht sich aber mit dem schweren Erbe eines total überschuldeten Haushalts und der bundespolitischen Übermacht schwarz-gelber Steuerpolitik konfrontiert, so Kaiser. Und Finanzminister Helmut Markov erklärte: „Die rot-rote Regierung halte an ihrem Konsolidierungskurs mit sozialem Augenmaß fest.“ Zum Abschluss des ersten Teils der Veranstaltung nahm Kaiser selbstkritisch Stellung zum Auftreten ihrer Partei: „Die rote Farbe der Regierungspolitik, die die unsere ist, muss deutlicher zu erkennen sein.“

In einem zweiten Veranstaltungsblock präsentierten sich der Kandidat für den Landesvorsitz der LINKEN Stefan Ludwig sowie weitere Kandidaten, die sich auf dem nächsten Landesparteitag der LINKEN im Februar zur Wahl stellen werden.

Torsten Hasselbauer
Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle

Ist DIE LINKE jetzt eine Partei der Drogen?

Die selbsternannten, meinungsführenden Medien beantworten obige Frage mit einem klaren JA. Für mich als eine von weit über 500 Delegierten war auf dem Erfurter Parteitag geradezu körperlich zu spüren, wie erleichtert Journalisten bürgerlicher Medien den Drogenbeschluss aufgriffen und ihn zum alles →



Fortsetzung v. Seite 2 überragenden Ergebnis von Erfurt stilisieren. Mit den Realitäten der dreitägigen Beratungen in Thüringen hat das jedoch in keiner Weise zu tun.

Wir sind nach Erfurt gefahren, um unserer Partei endlich ein Programm zu geben. Monatlang wurde auf allen Ebenen über den Entwurf des Parteiprogramms diskutiert, fast 1400 (in Zahlen eintausendvierhundert) Änderungsanträge lagen dem Parteitag vor. Wenn das nicht Ausdruck von Interesse und Mitgestaltungswillen ist, dann weiß ich auch nicht! Uns Delegierten ist es gelungen, aus dieser Fülle von Ergänzungen und Hinweisen einen Programmentwurf hinzulegen, über den in diesen Wochen alle Mitglieder abstimmen können. Damit sind jahrelange Anstrengungen der Linken zu einem vorläufigen Höhepunkt gekommen und das ist das wichtigste Ergebnis von Erfurt. Gesine Löttsch hat es als historisch bezeichnet und ich bin – ehrlich gesagt – auch ein bisschen stolz darauf, dabei gewesen zu sein. Wir haben endlich ein Programm, das eine klare gesellschaftliche Alternative aufzeigt: antikapitalistisch, friedlich, mehr Solidarität, mehr Gerechtigkeit. In den bürgerlichen Medien wurde diese Tatsache zur Randerscheinung herunter geschrieben bzw. herunter gesendet.

Die wahre Randerscheinung ist jedoch der gefasste Beschluss zu den Drogen. Hintergrund ist die Tatsache, dass drogenabhängige Menschen immer auch Gefahr laufen, in kriminelle Milieus abzurutschen. Von den schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Folgen ganz zu schweigen. Drogen sind eine Alltagserscheinung, genauso wie Alkoholmissbrauch. Willkürliche Entscheidungen des Gesetzgebers legen fest, Ersteres ist illegal, Alkoholmissbrauch steht nicht unter Strafe. Diese unterschiedlichen Strategien haben keinen Bezug zur „Gefährlichkeit“ der jeweiligen Drogen, sondern beruhen auf kulturellen Traditionen. Die bis heute praktizierte Kriminalisierung von Drogenkonsumenten hat den Konsum und die schwerwiegenden Folgen nicht eingedämmt. Hilfsangebote bewegen sich oft selbst am Rande der Legalität. Hier muss Klarheit geschaffen werden, und das will DIE LINKE: Statt Abhängige zu kriminalisieren, muss es wirksame Hilfen bei der Befreiung aus der Abhängigkeit geben. Dazu kann es medizinisch notwendig sein, Drogen oder Substitute kontrolliert an sie abzugeben. Und genau das will DIE LINKE mit dem Drogenbeschluss von Erfurt legalisieren. Strafrechtlich verfolgt werden sollen die Hintermänner, die Dealer usw. Gegenwärtig werden in Deutschland 84 Prozent aller Ausgaben im Drogenbereich für die Strafverfolgung eingesetzt. Das wollen wir zu Gunsten von Prävention und Therapie umdrehen.

Bettina Fortunato



Selten so entschlossen

Das nun schon sechste Mal kam DIE LINKE auf Bundesebene zu einem Parteitag zusammen und das sechste Mal war auch ich dabei. Selten war ich so angespannt. Als sich DIE LINKE vor über vier Jahren in Berlin gründete, verabschiedete man auch die programmatischen Eckpunkte. Kurz vor Abstimmung versuchten einzelne noch Anträge zu stellen, doch schnell einigte man sich, den Konflikten aus dem Weg zu gehen und gründete mit überragender Mehrheit die neue Partei. Selten war ich so euphorisch. Doch fortan schwebten diese ungelösten Konflikte über allen folgenden Par-

teitagen, stets fuhr ich nach Hause und war jedes Mal dankbar, dass der große Kampf ausfiel. Mit der Ausnahme von Essen, dem Europaparteitag, an dem die einen glaubten zu siegen und die anderen zu verlieren, nur um am Ende gemeinsam zu verlieren. Selten war ich so betrübt. Nachdem der Personalkompromiss 2010 in Rostock nicht dazu führte, dass fortan die Kämpfe zwischen den Flügeln abebbten, wussten nun alle, dass die Stunde der Wahrheit unmittelbar bevorstand. 120 Jahre nach der SPD schickte sich DIE LINKE an, ebenfalls ein Grundsatzprogramm an selber Stelle zu beschließen. Eindrucksvoll arrangierte Luc Jochimsen eine Lesung aus eben jenem historischen Programm der SPD mit vielen Größen eben jener Partei, welche aus Erfurt ein deutliches Signal sendete: Wir sind die wahren Erben der sozialen und Arbeiterbewegung. Wir sind die Erben von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Elenore Ostrum, Jesus Christus, Thomas Müntzer, Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Stéphane Hessel, Mahatma Gandhi, Victor Hugo, der Pariser Kommunarden, Oskar Maria Graf, Walter Janka, Helmut Gollwitzer, Carlo Giuliani, Willi Bleicher und nun auch Willi Brandt, wie man den Reden der Parteispitze entnehmen konnte. Doch es war auch Zeit, sich endlich über die Konflikte einig zu werden. Von 1400 Änderungsanträgen schafften es immer noch einige Hundert auf dem Parteitag behandelt zu werden, was dann in einem nicht ganz unumstrittenen Eilverfahren von vierzehn Stunden auch geschah. Doch der große Knall fiel aus, alle Beteiligten wollten die anderthalbjährige Debatte zu einem würdigen Abschluss bringen, kein vorher ausgehandelter Kompromiss wurde berührt. Selten war ich so positiv überrascht. Dennoch war es ein regelrechter Abstimmungs-marathon, welcher bis tief in die Nächte ging. So waren die Delegierten sichtlich geschafft, als es zur großen Frage kam. 96,7 %. Selten war DIE LINKE so geschlossen. Selten war ich so entschlossen.

Sven Kindervater
Bundesparteitagsdelegierter für DIE LINKE.
Märkisch-Oderland

Sie kandidieren auf dem Kreisparteitag

Für den Kreisvorstand:

Dr. Uta Barkusky
Helga Burgahn
Bettina Fortunato
Brigitte Grüner
Juliane Kokoscha
Simone Schubert
Matthias Böhme
Marko Büchel
Stephan Schoenemann
Wolfram Wetzig

Für die Kreisfinanzrevisionskommission:

Helga Pietschmann
Reinhilde Gerhard
Hans Benthin

Für den Kreisvorsitzenden:

Bernd Sachse

Für den Kreisschatzmeister:

Joachim Fiedler

Bürgerbüros

Dagmar Enkelmann (MdB)

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.–Do. 9 – 16 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkemann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser (MdB)

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.–Do. 9 – 16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Bettina Fortunato (MdB)

15306 Seelow, Breite Str. 9
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Fax: (0 33 46) 85 21 47
Mo. 10 – 17 Uhr
Mi.+Do. 14 – 18 Uhr
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdB)

16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8
Telefon: (0 33 44) 33 45 41
Fax: (0 33 44) 33 45 43
Mo. 10 – 16 Uhr
Do. 14 – 17 Uhr
15366 Neuenhagen,
Ernst-Thälmann-Str. 33
Mi. 13 – 18 Uhr
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8, 16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 – 12 Uhr

Strausberg

Große Straße 76,
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. bis Do. 9 – 12 Uhr
e-mail: info@dielinke-mol.de

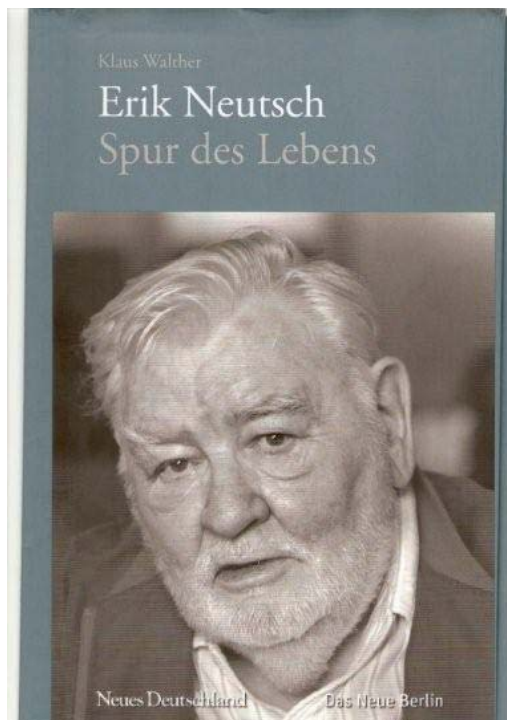
LinksTreffs

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9,
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Mi. 9 – 12 Uhr

LinksTreff Strausberg

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.–Do. 9 – 16 Uhr



Spur des Lebens

Eine Rezension über „Spur des Lebens“ von Erik Neutsch werde ich auf gar keinen Fall schreiben. Auf den paar Zeilen, die mir redaktionell zugebilligt wurden, geht das sowieso nicht.

Eigentlich möchte ich nur feststellen, dass hier wieder ein Buch vorliegt, das zu lesen auf das wärmste empfohlen werden kann. In Form eines Interviews, das Dr. Klaus Walther mit Erik Neutsch über einen Zeitraum von anderthalb Jahren geführt hat, gibt letzterer Auskunft über sein Leben, sein Werden, Wirken und Kämpfen und auch über die Schicksalsschläge, die ihn nach 1989 trafen. Jeder, der „Die Spur der Steine“ oder andere Arbeiten von E. Neutsch gelesen hat, wird froh und glücklich sein, wieder ein Buch von ihm in den Händen zu halten. Er wird sich freuen über die Ehrlichkeit seiner Antworten. Er wird sich wiederfinden in den Zeitläufen, bei der Beurteilung der Geschehnisse durch Erik Neutsch. Aber auch jeder jüngere Leser, der am Werden, Wachsen und am Untergang der DDR interessiert ist, kann Sprache, Scharfblick und Standpunkt des Autors bewundern und selbst ein tieferes Verständnis für diese Periode deutscher Geschichte finden.

F. Schneider

Mitgliederentscheid zum Parteiprogramm

Mit dem Versand der Abstimmungsunterlagen beginnt am 14. November der Mitgliederentscheid zu dem vom Parteitag angenommenen Parteiprogramm. Er endet am 15. Dezember.

Die Unterlagen gehen den Mitgliedern per Post zu. Das Verfahren ist recht kompliziert, aber in den beiliegenden Schreiben ausführlich erklärt. Der Kreisvorstand bittet die Mitglieder des Kreisverbandes, von dieser Möglichkeit der basisdemokratischen Mitbestimmung aktiv Gebrauch zu machen. Aus Kostengründen wird empfohlen, die verschlossenen Abstimmungsbriefe in den Ortsverbänden zu sammeln und bis spätestens 13. Dezember in der Kreisgeschäftsstelle abzugeben. Dann bleibt noch ein Tag Zeit, die Briefe zur Landesgeschäftsstelle zu bringen. Mitglieder, die bis zum 22. November noch keine Abstimmungsunterlagen erhalten haben, melden das bitte an die Kreisgeschäftsstelle.

Wolfram Wetzig
Kreisgeschäftsführer

Die nächste Ausgabe
unseres Informationsblattes
IMPULSE
erscheint am 15.12. 2011

TERMINE im NOVEMBER

12. 11. 10.00 Uhr Volkssolidarität Seelow, Puschkinplatz
Klubgespräch mit dem Bundesvorsitzenden der VVN-BdA Deutschlands und ehemaligen Rektor der HU Berlin, **Prof. Heinrich Fink**
17. 11. 18.00 Uhr **Kreisvorstandssitzung** im LinksTreff Strausberg
19. 11. 09.00 Uhr **1. Tagung des 2. Kreisparteitages in Bad Freienwalde**
24. 11. 15.00 Uhr Linkstreff Seelow
IM GESPRÄCH mit **Bettina Fortunato**, seit zwei Jahren unsere Abgeordnete im Landtag – Bilanz und Ausblick

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinngemäß redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.
V.i.S.d.P. : Bernd Sachse,
Tel.0 33 41-30 39 84
Mail : info@dielinke-mol.de
Layout u. Satz : Fortunato Werbung,
www.fortunato-werbung.de
Fotos/Grafik : DIE LINKE. MOL, privat